

**BUNDESMINISTERIN**

für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz
DR. CHRISTA KRAMMER

A-1031 Wien, Radetzkystraße 2
Telefon: 0222/711 72
Teletex: 322 15 64 BMGSK
DVR: 0649856

GZ 114.140/113-I/D/14/94

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Heinz FISCHER
Parlament
1017 Wien

XIX. GP-NR

101 / AB

1995 -01- 30

ZU

113 J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Petrovic, Freundinnen und Freunde haben am 1. Dezember 1994 unter der Nr. 113/J an mich beiliegende schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "Arbeitskreis für Gesundheit durch Forschung" gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

Soweit mir bekannt, liegen keine Gesetzesverstöße von Organen des Vereines gegen Rechtsvorschriften auf dem Gebiet des Gesundheitswesens vor. Im übrigen beinhalten die angesprochenen Fragen keine Angelegenheiten der Vollziehung des Gesundheitsministeriums.

Zu Frage 3:

Die der Anfrage beigelegten Zeitungsartikel sind nicht als Werbung im Sinne des Arzneimittelgesetzes zu qualifizieren, sondern unterliegen dem verfassungsgesetzlich gewährleisteten Recht der Freiheit der Meinungsäußerung und Pressefreiheit.

- 2 -

Zu Frage 4:

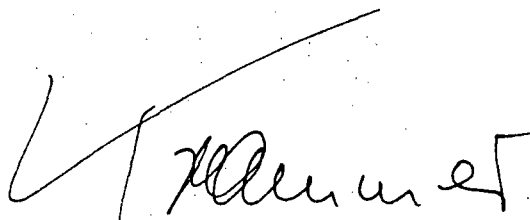
Aufgrund entsprechender Nachforschungen in meinem Ressort haben sich keine Anhaltspunkte dafür ergeben, daß Bedienstete eine Nebenbeschäftigung oder -tätigkeit im Rahmen des angesprochenen Vereins ausüben oder eine solche ausgeübt haben. Eine Beurteilung, inwieweit die Mitarbeit von Universitätsprofessoren, Richtern, öffentlich angestellten Ärzten in Widerspruch zu dem zitierten oberstgerichtlichen Urteil steht, obliegt mir nicht.

Zu Frage 5:

Soferne Bedienstete meines Ressorts über Einladung verschiedener Organisatoren (so auch des Grünen Clubs) an öffentlichen Diskussionsveranstaltungen teilnehmen und die Interessen des Gesundheitsministeriums wahrnehmen, kann dies nicht als "Mitwirkung öffentlich Bediensteter" in der angesprochenen Form verstanden werden.

Zu den Fragen 6 und 7:

Es steht mir nicht zu, die Unabhängigkeit der Justiz in Frage zu stellen.



BEILAGE

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Wie beurteilen Sie die Unabhängigkeit des *"Arbeitskreises Gesundheit durch Forschung"*?
2. Halten Sie es für angebracht, daß ein derartiges Gremium, das von der Firma Immuno finanziell ausgestattet wurde, mit dem Deckmantel der Objektivität Gesundheitsempfehlungen an die Bevölkerung geben kann?
3. Sehen Sie in der Tätigkeit des Vereins einen Verstoß gegen das Werbeverbot für rezeptpflichtige Arzneimittel?
4. Durch oberstgerichtliches Judikat ist festgestellt, daß öffentlich Bedienstete keinerlei Nebenbeschäftigungen bzw. Nebentätigkeiten ausüben dürfen, die allenfalls geeignet erscheinen (die bloße Eignung genügt!!!), ihre Unabhängigkeit in Frage zu stellen. Das betreffende Urteil ist im Zusammenhang mit ärztlicher Tätigkeit, also im konkreten Fachbereich ergangen.
(OGH 19.4.1989, 9 Ob A 311/88)
Wie sehen Sie im Lichte dieses Urteils die Mitwirkung von Öffentlich Bediensteten (Universitätsprofessoren, Richtern, öffentlich angestellten Ärzten) im pharmagesponserten *"Arbeitskreis Gesundheit durch Forschung"*?
5. Haben Sie je die Aussagen des *"Arbeitskreises Gesundheit durch Forschung"* auf ihre inhaltliche Richtigkeit überprüft? Wenn nein, wie rechtfertigen Sie dies im Hinblick auf die Mitwirkung von Ihrem Ressortbereich zugehörigen öffentlich Bediensteten?
6. Das Pharmaunternehmen Immuno ist dafür bekannt, daß es JournalistInnen, PolitikerInnen und KritikerInnen häufig und teilweise mit hohen Streitwerten privatrechtlich belangt. Wie beurteilen Sie die Objektivität derartiger Verfahren, wenn mittlerweile ein dichtes Netzwerk von führenden Richtern, jenen MedizinerInnen, die die in Frage stehenden Gesundheitsdaten zu verwalten haben und Angehörigen der Firma Immuno entstanden ist?
7. Sehen Sie die Notwendigkeit für eine Unvereinbarkeitsregelung zum Schutze der PatientInnen und wissenschaftlicher KritikerInnen? Wenn nein, warum nicht?